

S t a d t H a a n
Niederschrift über die
10. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Haan
am Dienstag, dem 22.03.2011 um 17:00 Uhr
im Sitzungssaal der Stadt Haan

Beginn:
17:00

Ende:
20:38

Vorsitz

Bürgermeister Knut vom Bovert

CDU-Fraktion

Stv. Marlene Altmann
Stv. Udo Greeff
Stv. Dr. Dieter Gräßler
Stv. Gerd Holberg
Stv. Klaus Mentrop
Stv. Andreas Wasgien
Stv. Rainer Wetterau

Vertretung für Stv. Harald Giebels
Vertretung für Stv. Marlies Goetze

ab TOP 3
Vertretung für Stv. Jens Lemke

SPD-Fraktion

Stv. Walter Drennhaus
Stv. Wilfried Pohler
Stv. Bernd Stracke
Stv. Heinrich Wolfesperger
Stv. Ute Wollmann

FDP-Fraktion

Stv. Friedhelm Kohl
Stv. Michael Ruppert
Stv. Klaus Straßburg
Stv. Arnd Vossieg

bis TOP 7

bis TOP 7 für Vossieg, ab TOP 8 für Kohl
ab TOP 8

GAL-Fraktion

Stv. Petra Lerch
Stv. Jochen Sack

UWG-Fraktion

Stv. Karl-Hermann Käpernick

Die Linke

Stv. Michael Henchoz

Schriftführer

Herr Fabian Winkler

Verwaltung

Herr Dan Dragoi

Herr Bernd Duske

Frau Ute Eden

1. Beigeordnete/r Dagmar Formella

Herr Martin Hillebrand

Herr Claus Hippel

Herr Bernd Küper

Herr Gerhard Maidorn

Herr Guido Mering

Herr Günter Opfer

Herr Jürgen Rautenberg

Herr Michael Rennert

Frau Astrid Ruschke-Schwinghammer

Herr Carsten Schlipköter

Herr Wilhelm Terhardt

Herr Udo Thal

Herr Klaus-Jürgen Vogt

Der Vorsitzende Knut vom Bover eröffnet um 17:00 Uhr die 12. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Haan. Er begrüßt alle Anwesenden - insbesondere die Einwohner - und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Öffentliche Sitzung

1./ Bürgerantrag "Satzungsänderung der Satzung "Satzung vom 08.01.1996 über die Auszeichnung verdienter Frauen und Männer" Vorlage: 10/090/2011

Protokoll:

Stv. Pohler sieht keinen Anlass, die bisherige Praxis auf der Grundlage der existierenden Satzung zu ändern.

Stv. Ruppert möchte insbesondere nur eine begrenzte Anzahl von Personen ehren, damit der Ausnahmecharakter der Ehrung erhalten bleibt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

„Dem Bürgerantrag des Herrn Dr. Helmut Weber vom 1.2.2011 zur Satzungsänderung der „Satzung vom 08.01.1996 über die Auszeichnung verdienter Frauen und Männer“ wird nicht gefolgt.“

2./ Bürgeranträge: Anträge auf Erhalt bzw. Weiterführung des Flemingtreffs

Protokoll:

Bgm. vom Bover empfiehlt, diese Thematik in den Beratungen zum Haushalt zu beraten. Weder die Verwaltung noch die Fraktionen wollten den Flemingtreff schließen.

Stv. Pohler bestätigt, der Flemingtreff sei eine wichtige Einrichtung für den Stadtteil, die gute Arbeit leiste und daher erhalten bleiben müsse.

Auch **Stv. Wetterau** hebt die hervorragende Frequentierung des Flemingtreffs hervor, der nicht geschlossen werden solle.

Stv. Sack betont, die Bürgeranträge spiegelten recht genau die Auffassungen von JHA und AG 78 wider und seien daher zu unterstützen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

- 3./ Zuwendungen für Investitionen und Ausstattungen in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege zum Ausbau von Plätzen für Kinder unter drei Jahren; Anträge**
- des Caritasverbandes für den Kreis Mettmann vom 14.06.2010 für die Einrichtung in der Düsselberger Str. 7
 - der Privaten Kindergruppe Haan e. V. vom 14.10.2010 für die Einrichtung in der Guttentag-Loben-Str. 10a
 - des Kath. Kirchengemeindeverbandes Haan-Gruiten vom 10.11.2010 für die Einrichtung in der Hochdahler Str. 14
- Vorlage: 51/031/2011**
-

Protokoll:

Stv. Sack erklärt, der JHA befürworte die Vorlage einstimmig, habe aber gehört, die Umsetzung sei aus finanziellen Gründen gefährdet.

Bgo. Formella erläutert, die Bewilligung der Zuschüsse (Zeitpunkt/Höhe) sei nicht abzusehen. Sie empfehle dennoch, die Förderanträge zu stellen und das Beste zu hoffen. Den JHA werde sie zeitnah über das Ergebnis informieren.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

- „1. Die Verwaltung wird beauftragt, nach den Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen für Investitionen und Ausstattungen in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege zum Ausbau von Plätzen für Kinder unter drei Jahren (RdErl. des Ministeriums für Generationen, Familie, Frauen und Integration vom 09.05.2008) Förderanträge für 2011 an das Landesjugendamt (LVR Köln) zu richten für die
- a) Kindertageseinrichtung in der Düsselberger Str. 7 in Höhe von 57.797,40 EUR;
 - b) Kindertageseinrichtung in der Guttentag-Loben-Str. 10a in der Höhe von 216.523,00 EUR;
 - c) Kindertageseinrichtung in der Hochdahler Str. 14 in Höhe von 255.000,00 EUR.
2. Die Stadt Haan gewährt den Trägern auf deren Antrag zu den unter 1. des Be-

schlussentwurfs aufgeführten Zuwendungsanträgen unter dem Vorbehalt, dass keine Eigenmittel zur Verfügung stehen, einen städtischen Zuschuss (Übernahme der Eigenanteile) für die

- a) Kindertageseinrichtung in der Düsseldorf Str. 7 in Höhe von 5.770,00 EUR;
- b) Kindertageseinrichtung in der Guttentag-Loben-Str. 10a in Höhe von 20.000,00 EUR.
- c) Kindertageseinrichtung in der Hochdahler Str. 14 in Höhe von 24.000,00 EUR.“

4./ Erhöhung der Vergnügungssteuer für Spielgeräte mit Gewinnmöglichkeit gem. § 33 GewO - hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 09.02.2011

Protokoll:

StORR Rennert eröffnet mit dem Hinweis, das OVG Lüneburg habe entschieden, ein Vergnügungssteuersatz von 15 % auf die Bruttokasse liege an der Obergrenze des rechtlich höchstens Zulässigen und müsse daher im Einzelfall auf einen Verstoß gegen das Erdrosselungsverbot überprüft werden. Die Verwaltung könne den Tatbestand der Erdrosselung für die betroffenen Spielhallenbetreiber in Haan aber nicht feststellen.

Bgm. vom Bover erklärt, mit einer Klage müsse immer gerechnet werden, dennoch sollte dem Antrag nicht zuletzt aus finanziellen Gründen gefolgt werden.

Stv. Wetterau plädiert ebenfalls dafür, der schlechten Haushaltslage der Stadt Haan Rechnung zu tragen und jede Einnahmemöglichkeit auszuschöpfen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

„Die Vergnügungssteuersatzung der Stadt Haan vom 29.05.2008 wird wie folgt geändert:

§ 7 Abs. 5 Nr. 1: Die Zahl 12 v.H. wird durch 15 v.H. ersetzt

§ 7 Abs. 5 Nr. 2: Die Zahl 10 v.H. wird durch 12 v.H. ersetzt

§ 7a Abs. 2 Nr. a: Die Zahl 250 € wird durch 350 € ersetzt

§ 7a Abs. 2 Nr. b: Die Zahl 60 € wird durch 200 € ersetzt.“

**5./ Seniorentreff der Arbeiterwohlfahrt, Ortsverein Haan, in der Breidenhofer Str. 7; Antrag vom 10.01.2011
Vorlage: 51/030/2011**

Protokoll:

Stv. Pohler moniert, dass bei allen Vereinen in der Vergangenheit immer wieder gekürzt worden sei. Insbesondere die Vereine und Institutionen, die sich der Jugend- und Senioren- bzw. sonstiger sozialer Arbeit verschrieben hätten, sollten von den Kürzungen ausgenommen werden. Für die Haushaltsberatungen 2012 solle besonderes Augenmerk auf diese Zuschüsse geworfen werden. Dem Antrag der AWO stimme die SPD-Fraktion daher ausdrücklich zu.

Stv. Ruppert erklärt für die FDP-Fraktion, vor dem Hintergrund der schlechten Haushaltssituation sehe er sich außer Stande, eine Ausnahme bei der Kürzung zu machen.

Stv. Sack ist der Auffassung, es ergebe sich eine positive Rechnung, wenn man die Kosten berücksichtige, die der Stadt durch die Arbeit der AWO erst gar nicht entstünden. Man könne keine große Unruhe wegen kleiner Effekte auf den Haushalt im sozialen Gefüge der Stadt riskieren.

Stv. Wetterau betont, die schlechte Finanzlage müsse realisiert und Sparsbemühungen nicht durch Ausnahmeregelungen konterkariert werden. Dabei verkenne er ausdrücklich nicht die gute und wichtige Arbeit der AWO.

Stv. Pohler erinnert an den steigenden Bedarf für Senioreneinrichtungen aufgrund des demografischen Wandels. Hinzu komme der Wegfall der Zivildienst-Stellen, die nur durch höhere Personalkosten aufzufangen seien.

Abstimmungsergebnis:

7 Ja- und 11 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung

Beschluss:

„Der Zuschuss für den Seniorentreff in der Breidenhofer Str. 7 ist ohne weitere Kürzung zur Verfügung zu stellen.“

6./ Musikschule Haan e.V. - hier: Zuschussbescheid für die Jahre 2012 bis 2016
Vorlage: II/001/2011

Protokoll:

Bgm. vom Bovert erläutert alle Vorlagen der Verwaltung.

Stv. Wetterau zollt der Musikschule ein großes Lob für die hervorragende Arbeit der letzten Jahre. Auch im letzten Jahr habe die Musikschule bereits eine 2 %ige Kürzung hinnehmen müssen. Dennoch müsse in finanziell schweren Zeiten jeder einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten, so dass eine Erhöhung der Teilnehmergebühren zu vertreten sei. Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung stimme die CDU-Fraktion daher zu.

Stv. Pohler macht deutlich, die Musikschule müsse schon seit längerem jährliche Kürzungen von 2-3 % hinnehmen. Dabei sei die Musikschule durchaus bereit, ihren Beitrag zu leisten und Kosten über höhere Gebühreneinnahmen auszugleichen, dürfe aber ihre Konkurrenzfähigkeit im Vergleich zu den Musikschulen der Nachbarstädte nicht einbüßen. Die SPD-Fraktion beantrage, den Zuschussbescheid auf Seite 3 im ersten Satz wie folgt zu ändern: Das Wort „teilweise“ sei durch die Worte „in wesentlichen Teilen“ zu ersetzen.

Bgm. vom Bovert zitiert aus einer Antwort des **StORR Rennert** auf eine gleichlautende schriftliche Anfrage des **Stv. Schneider**. Danach solle sich die Stadt die Option offenhalten, auch bei nicht wesentlichen Einschränkungen der bezuschussten Tätigkeiten (z.B. sinkenden Schülerzahlen) die Zuwendung entsprechend mindernd anzupassen.

Stv. Sack betont, die Stadt brauche das breitgefächerte Angebot der Musikschule in der Bildungslandschaft. Durch die Kürzungen sei die Musikschule in ihrer Anerkennung geschädigt worden, mehr Partnerschaftlichkeit seitens der Stadt wäre wünschenswert. Er bedauere, dass künftig der Leistungsvertrag von einem Zuschussbescheid abgelöst werde.

Stv. Drennhaus kritisiert, die Verwaltung habe die steigenden Personalkosten der Musikschule nicht berücksichtigt.

Bgm. vom Bovert stellt dar, die Verwaltung sei vom Rat beauftragt worden, weitere Einsparmaßnahmen im Haushalt aufzuzeigen. Dies werde nun bemängelt, obgleich die Zuschüsse für die Musikschule auf Grundlage der NKF-Vorschriften um 40.000 € erhöht worden seien.

Stv. Pohler weist diesen Vorwurf zurück, zumal die räumliche Zusammenlegung mit der GS Mittelhaan einem einvernehmlichen politischen Konsens entspringe. Dies könne der Musikschule nicht angelastet werden.

Stv. Holberg ist der Ansicht, die dauerhafte demographische Entwicklung des sinkenden Anteils junger potentieller Musikschulen-Nutzer müsse den steigenden Be-

triebskosten gegenüber gestellt werden. Es bestehe kein Zweifel, dass die Musikschule ein Aushängeschild der Stadt bleiben solle. Vordringlichstes Ziel aller Ratsmitglieder sei es aber nun, die finanzielle Handlungsfähigkeit zu sichern.

Stv. Kohl versteht nicht, warum ein mit dem Vorstand der Musikschule ausgehandelter Beschlussvorschlag derartige Kritik auslöse. Steuerliche Gründe bedingten die Abkehr vom Leistungsvertrag und die Regelung über einen Zuschussbescheid. Dies bringe beiden Seiten die nötige Rechts- und Planungssicherheit.

Stv. Pohler hält entgegen, der Zuschussbescheid sei eben nicht bis ins letzte Detail mit dem Vorstand der Musikschule abgestimmt.

Bgm. vom Bovert streicht heraus, der Musikschule nicht schaden zu wollen, auch ihm sei die hervorragende Arbeit dieser Einrichtung bekannt. Leider meide es die Politik, über die Inhalte der GPA-Vorgaben und möglicher organisatorischer Veränderungen der Musikschule Beratungen zu führen.

Man kommt überein, eine nicht-öffentliche Diskussion vor etwaigen Beschlüssen zuzulassen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

(**Stv. Stracke** hat weder an Beratung noch Abstimmung teilgenommen)

Beschluss:

„Aufgrund des verschiedentlich noch bestehenden Beratungsbedarfes, erfolgt eine Beschlussfassung erst in der Sitzung des Rates.“

7./ Beratung des Entwurfes der Haushaltssatzung 2011

a) Beratung des Stellenplanes 2011 für den Bereich des Jugendamtes

b) Stellenplan 2011

c) Beratung des Haushaltes 2011 und des Haushaltssicherungskonzeptes 2011-2015 für den Bereich des Jugendamtes

d) Haushaltssicherungskonzept 2011-2015; Hebesatz-Satzung für das Haushaltsjahr 2011 und Haushaltssatzung 2011

Vorlage: 20/016/2011

Protokoll:

Bgo. Formella erläutert die Tischvorlagen und weist dezidiert auf die wahrscheinliche Veränderung bei der Kreisumlage hin. Diese werde nach unten korrigiert, so dass auch die Ansätze der Verwaltung verringert werden könnten.

Stv. Ruppert hat Diskrepanzen zwischen der Haaner Vorlage und der Kreisvorlage bezüglich der für Haan angesetzten Kreisumlage ausfindig gemacht und fragt, wie diese zu erklären seien. Zum Stellenplan verweise er auf die Anträge von CDU- und FDP-Fraktion.

StOVR Opfer erläutert, im Gegensatz zum Kreis, der seinen Haushaltsentwurf bereits im vergangenen Jahr in den Kreistag eingebracht hatte, habe Haan alle maßgeblichen Finanzpositionen des Landes (u.a. die 1. Modellrechnung für das Gemeindefinanzierungsgesetz 2011, Haushaltsbeschluss des Landschaftsverbandes Rheinland, Bescheide über Wohngeldersparnis des Landes für 2010) berücksichtigen können. Die damit einhergehenden finanziellen Auswirkungen seien für den Kreishaushalt und damit auch für die von den kreisangehörigen Städten zu erhebende Kreisumlage so gravierend, dass die Kreisverwaltung eine Änderungsvorlage zum Kreishaushalt eingebracht habe. Die Erhöhung des Kreisumlagesatzes für 2012 sei durch den Nachtragshaushaltsplan des Kreises im Herbst zu erwarten.

Stv. Holberg meldet für die CDU-Fraktion aufgrund der zahlreichen Tischvorlagen Beratungsbedarf an.

Bgm. vom Bover ist der Ansicht, 3 Sitzungen der Sparkommission und 2 Sitzungen des AK Personal hätten ausreichend Vorbereitung für die heutige Sitzung leisten sollen. Er macht darauf aufmerksam, dass in der Ratssitzung der nächsten Woche wichtige Entscheidungen aufgrund deren Fristenbindung getroffen werden müssten (Muskelschule, Heizkesselanlage) und kein weiterer Aufschub möglich sei.

StOVR Terhardt fügt hinzu, die Anträge von CDU- und FDP-Fraktion seien der Verwaltung sehr kurzfristig zugegangen und konnten noch nicht in aller Detailschärfe geprüft werden.

Stv. Pohler moniert, dass die Tagesordnung keine nicht-öffentliche Beratungsmöglichkeit des Stellenplanes vorsehe. Im AK Personal seien darüber hinaus keine einvernehmlichen Abstimmungen z.B. zur Rentenversicherung erfolgt.

Die Verwaltung weist darauf hin, dass trotz des festgestellten Einvernehmens, Beschlüsse erst in der Sitzung des Rates fassen zu wollen, die Gelegenheit für die Fraktionen, die Verwaltung zu Details von Haushalt, Haushaltssicherungskonzept und Stellenplan zu befragen genutzt werden sollte, weil die Fachamtsleiter für diesen Punkt an der Sitzung teilnahmen.

Stv. Drennhaus möchte im Produkt 090110 (Verlagerung Sportplatz Gruitzen) die Planungskosten von 65.000 € streichen, da es keinen Beschluss für die Verlagerung des Sportplatzes gäbe. Zum Bebauungsplan Nr. 168 (Technologiepark) wolle er die für 2013 angesetzten 112.000 € hinterfragen, weil die Planzahl nur auf 72.300 € laute.

Stellungnahme der Verwaltung:

Von den eingeplanten 65.000 € für 2011 entfallen auf die anteiligen Planungskosten für die Sportplatzverlagerung Gruitzen 35.000 €. Grundlage ist der Aufstellungs- und Grundsatzbeschluss vom 04.11.1997 zur 8. Änderung des Flächennutzungsplanes

„Sportanlage Millrather Straße“ und Bebauungsplan Nr. 153 „Sinterstraße / Kalkstraße“ (PLVA 22/173).

Auf der Seite 461 des Haushaltsplanentwurfes für das Jahr 2011 sind für die Sportplatzverlegung Gruiten und den „Technologiepark Haan / NRW, 2. Bauabschnitt“ weitere 112.000 € für 2013 aufgeführt. Die Jahreszahl 2013 ist falsch und wird durch 2012 ersetzt. Von den 112.000 € entfallen 30.000 € auf die Sportplatzverlegung Gruiten.

Zum Produkt 010200 (Dienstwagen Bürgermeister) möchte **Stv. Drennhaus** hinterfragt wissen, welche Verluste beim Gebrauchtwagenpreis bei einer Neubeschaffung im Turnus von zwei Jahren entstehen.

Bgm. vom Bovert erläutert, es existiere ein Multiplikatorenvertrag zwischen BMW und den Städte- und Gemeindebund NRW. Hierdurch bedingt erziele die Stadt Haan bei der praktizierten Vorgehensweise jährlich sogar geringfügige Gewinne.

StOVR Opfer fügt an, dass der Bürgermeister seine privaten Fahrten an die Stadt erstatte.

Stv. Drennhaus fragt weiterhin, woraus die Stunden-Steigerungen im Produkt 150200 (Handwerkermarkt) von 2009 auf 2010 resultierten.

Stellungnahme der Verwaltung:

In 2009 wurden nur die Stunden zugrunde gelegt, die bei der Veranstaltung angefallen sind. Dies ist an zwei Tagen eine Besetzung des Standes der Wirtschaftsförderung mit 2 bis 3 Personen und der Aufbau des Gesamtmarktes am Vortag. Die 180 Stunden betreffen nicht 2010 sondern 2011. Für 2011 wurden die Stunden geschätzt, die insgesamt für die Verwaltung beim Amt für Wirtschaftsförderung und Liegenschaften anfallen. Dies beinhaltet auch die Auswahl der Betriebe, Anschreiben, Platzvergabe, Vorgespräche u.a.

Stv. Drennhaus fragt auch nach der Zusammensetzung der Personalkosten bei den Produkten 150100 (Wirtschaftsförderung) und 150200 (Stadtmarketing).

Stellungnahme der Verwaltung:

Produkt 150100 (Wirtschaftsförderung): Stelle 23/17 (Stellenanteil 0,7), Stelle 23/14 (Stellenanteil 0,6 ATZ-Arbeitsphase)

Produkt 150200 (Stadtmarketing): Stelle 23/17 (Stellenanteil 0,3), Stelle 23/16 (Stellenanteil 1,0)

Stv. Drennhaus möchte darüber hinaus wissen, ob alle Gebührensatzungen auf dem aktuellen Stand seien oder Überarbeitungen wegen der gestiegenen Personalkosten notwendig seien.

Stellungnahme der Verwaltung:

Ein Teil der Gebührensatzungen wird jährlich aktualisiert. Ferner erfolgten Anpassungen auf Grund politischer Beratungen u.a. Hallenbad. Die Verwaltung wird - soweit erforderlich - eine Überprüfung vornehmen.

Stv. Drennhaus erbitte weitere Info zu den Personalkosten für die Kirmes (Produkt 020230).

Stellungnahme der Verwaltung:

Mit Beschluss vom 21.09.2010 hat der Rat der Stadt Haan neue Gebühren für die Haaner Kirmes beschlossen. Der Gebührensatzung liegt eine Gebührenbedarfsberechnung für drei Jahre zugrunde (2010-2012). Der entsprechenden Sitzungsvorlage 32-2/004/2010 „Änderung der Kirmessatzung“ für die Ratssitzung am 21.09.2010 kann die Berechnung der Personalaufwendungen entnommen werden. Weitere Ausführungen finden sich auch im Teil B der Vorlage 32-2/007/2011 „Haaner Kirmes 2011 - Erlass des Innenministers und Gebührensatzung, Antrag der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Haan vom 04.02.2011“ für die Ratssitzung am 29.03.2011.

Zum Produkt 040200 (Musikschule) möchte **Stv. Drennhaus** noch wissen, ob die Auslagerung der Personalabrechnung an eine andere Verwaltung zu Kosteneinsparungen führe und welche Kosten der externe Rechtsbeistand verursacht habe.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Auslagerung der Abrechnung für die Musikschule führt nach dem jetzigen Stand bei der Stadt nicht zu Personaländerungen und der Einsparung von Personalaufwendungen. Für die Leistung eines Dritten ist zu zahlen. Neben der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft wurde kein weiterer Dritter beauftragt.

Zur Erneuerung der Daten- und Telekommunikationsanlage (Produkt 010720) erbittet **Stv. Drennhaus** ein Planungskonzept. Er fragt, ob die Aufstellung von Containern zwingend erforderlich sei und die Verlegung der Leitungen nicht wie bei anderen Behörden im Bestand vorgenommen werde. Er fragt weiterhin nach den anfallenden Renovierungskosten und ob diese im Haushalt eingeplant seien. Die SPD-Fraktion wolle erst ein schlüssiges Gesamtkonzept der Verwaltung prüfen, bevor sie zustimme.

Bgo. Formella verweist auf die Tischvorlage.

Stv. Dr. Gräßler fragt, wie die Verwaltung die Senkung der Auszahlungen im Teilfinanzplan des Produktes 030500 (Förderschule) erreichen will.

Bgo. Formella erklärt, die Senkung beruhe im Wesentlichen auf dem Absinken der Schülerzahlen.

Stv. Holberg möchte wissen, warum die Aufwendungen im Produkt 100400 (städt. Unterkünfte, Übergangwohnheime) in Ziffer 13 von 2009 auf 2010 um 100.000 € angestiegen seien.

Stellungnahme der Verwaltung:

Bei der Ziffer 13 handelt es sich um die Aufwandsart „Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen“.

Ansatz 2009: 262.240 €, Ergebnis 2009: 145.535 €, Ansatz 2010: 231.190 €, Ergebnis 2010 (vorläufig): 154.714 €

In den Haushaltsjahren 2009 und 2010 kam es zu Wenigerausgaben gegenüber den Ansätzen bei Unterhaltung und Bewirtschaftung der Grundstücke und Gebäude sowie bei den Aufwendungen, die sich aus Wohnungsanmietungen für die Personen ergeben, die zur Zeit in Notunterkünften untergebracht sind.

Bei den Erträgen muss zwischen öffentlich-rechtlichen und privatrechtlichen Leistungsentgelten (Ziffer 4: Benutzungsgebühren, Ziffer 5: Miete) unterschieden werden. Ansatz 2009: 190.500 €, Ergebnis 2009: 106.583 €, Ansatz 2010: 160.500 €, Ergebnis 2010 (vorläufig): 118.384 €

Stv. Pohler fragt nach, ob die Sorge der Schulpflegschaft des Gymnasiums Adlerstraße im Hinblick auf den Zustand der Sanitärräume der Sporthalle und des Chemieraumes unbegründet sei.

TA Eden erklärt, es sei üblich, dass sich die Kosten bei zeitlich versetzter Abarbeitung der Maßnahmen leicht erhöhten. Im Chemieraum seien seitens des Amtes 65 keine Mängel festgestellt worden, die die Sicherheit des Schulalltags gefährdeten.

Stv. Holberg fragt zu Produkt 120200 (ÖPNV), warum sich die Transferaufwendungen künftig derart erhöhten.

StOVR Opfer erläutert, dass der Kreis den infolge der Mitgliedschaft in einem Verkehrsverbund von ihm aufzubringenden Umlagebetrag auf die betroffenen kreisangehörigen Städte umlege. Die endgültige Höhe des Umlagebetrages für 2011 stehe noch nicht fest. Im nächsten Haushaltsplan werde die Stadt weitere Erläuterungen zum Umlagebetrag - insbesondere im Vergleich zum Vorjahr - aufnehmen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

Beschluss:

„Aufgrund des verschiedentlich noch bestehenden Beratungsbedarfes, erfolgt eine Beschlussfassung erst in der Sitzung des Rates.“

8./ 3. Änderungssatzung der Gebührensatzung für die Abfallbeseitigung der Stadt Haan vom 19.11.1976
Vorlage: 60/021/2011

Protokoll:

Stv. Drennhaus regt für künftige Gebührensatzungen an, den Verkauf von Sperrmüllkarten auf ihre Wirtschaftlichkeit zu überprüfen. Bei festen Abfuhrterminen könnten Personalkosten gespart werden, da die Bearbeitung der eingehenden Sperrmüllkarten entfielen. Zudem würden die Ungerechtigkeiten, die durch unangemeldeten Sperrmüllzuwachs über Nacht entstünden, wirksam begegnet werden können.

StVR Duske erläutert, die hohe Gebühr für die Sperrmüllkarten sollte eine rein vorsorgliche Sperrmüll-Anmeldung verhindern, die dann mangels Masse gar nicht stattfinden. Mit dieser Frage solle sich der PIUA im Laufe des Jahres befassen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

„Die Satzung über die 3. Änderung der Gebührensatzung für die Abfallbeseitigung der Stadt Haan wird entsprechend dem vorliegenden Entwurf beschlossen.“

9./ 3. Änderungssatzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Haan vom 18.02.2002
Vorlage: 60/022/2011

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

„Die Satzung über die 3. Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung der Stadt Haan vom 18.12.2002 wird entsprechend dem vorliegenden Entwurf beschlossen.“

**10./ Dichtheitsprüfung von privaten Abwasserleitungen
- Abänderung der Fristen innerhalb der Wasserschutzzone -
Vorlage: 66/015/2011**

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

„Die mit dieser Sitzungsvorlage vorgelegte „Satzung der Stadt Haan zur Abänderung der Fristen bei der Dichtheitsprüfung von privaten Abwasserleitungen gemäß § 61 a Abs. 3 bis 7 LWG NRW innerhalb der Wasserschutzzonen im Stadtgebiet Haan“ wird beschlossen.“

**11./ Aufgabe des Übergangsheimes / Standortes Neandertalweg 4
Vorlage: 51/029/2011**

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

„Mit sofortiger Wirkung wird das für obdachlose Personen vorgehaltene Übergangsheim Neandertalweg 4 aufgelöst sowie der Standort für diesen Zweck aufgegeben.“

**12./ Aktualisierung der Richtlinien für die Gewährung wirtschaftlicher Leistungen im Rahmen von Hilfe zur Erziehung
Vorlage: 51/033/2011**

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

„Die vorgelegten Veränderungen bei den Beihilfen und Zuschüssen im Rahmen von Hilfe zur Erziehung bei außerhäuslicher Unterbringung werden beschlossen.“

**13./ Radwege auf stillgelegten Bahntrassen - Einbindung Haans
hier: Sachstandsbericht durch den Kreis Mettmann und Beschluss
Vorlage: 61/046/2011**

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

"Mit dem Kreis Mettmann ist eine Vereinbarung zur Nutzung der Trasse der ehemaligen Kleinbahn im Abschnitt zwischen Holthausen und An der Schmitte über den Ausbau und die Nutzung als Fuß-/Radwegezubringer zur Trasse der östlichen Korrenzieherbahn zu treffen."

**14./ Vorhabensbezogener Bebauungsplan Nr. 165 "alte Wache Schillerstraße"
hier: Aufhebung des Satzungsbeschlusses vom 19.12.2006;
Beschluss über die abgegebenen Stellungnahmen, § 3 (2) BauGB
und § 4a (3) BauGB;
Satzungsbeschluss, § 10 (1) BauGB
Vorlage: 61/047/2011**

Protokoll:

Stv. Drennhaus äußert sich verwundert darüber, dass es zu diesem Vorhaben keinen Protest aus der Bevölkerung gebe, wenn man den Wirbel um die geplante Windhövel-Bebauung zugrunde lege. Die SPD-Fraktion werde diesen Bebauungsplan auch weiterhin aus den bekannten Gründen ablehnen.

Stv. Holberg erklärt die Zustimmung der CDU-Fraktion zum Bebauungsplan. Der ansässige Unternehmer solle expandieren dürfen, zudem habe dieser zugesagt, alle Bäume schützenswert behandeln zu wollen.

Abstimmungsergebnis:

11 Ja- und 7 Nein-Stimmen

Beschluss:

- „1. Der Satzungsbeschluss vom 19.12.2006 wird aufgehoben.
2. Über die im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 (1) BauGB und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange nach § 4 (1) BauGB, über die in der öffentlichen Auslegung nach § 3 (2) BauGB und in der Beteiligung

nach § 4 (2) BauGB sowie über die im Verfahren nach § 4a (3) BauGB vorgelegten Stellungnahmen wird entsprechend dem Ergebnis der Prüfung in dieser Sitzungsvorlage entschieden.

3. Der Bebauungsplan Nr. 165 „alte Wache Schillerstraße“ in der Fassung vom 18.08.2010 wird gemäß § 10 (1) BauGB als Satzung beschlossen. Der Begründung in der Fassung vom 18.08.2010 wird zugestimmt.

Das Plangebiet befindet sich in der Haaner Innenstadt an der Schillerstraße 14, am Rande des Schillerparks. Der räumliche Geltungsbereich umfasst die Flurstücke Gemarkung Haan, Flur 26, Nr. 378, 380, 382.

Die genaue Festlegung des räumlichen Geltungsbereiches erfolgt durch die Planzeichnung."

**15./ Einbau einer neuen Heizkesselanlage im Hallenbad Alter Kirchplatz
hier: Auftrag an die Gesellschafterversammlung
Vorlage: SKA/019/2011**

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

„Der Bürgermeister als Vertreter in der Gesellschafterversammlung wird beauftragt, die Stadtwerke Haan GmbH zu veranlassen, folgende Maßnahme durchzuführen:

1. Im Zuge der Errichtung eines BHKW durch die Stadtwerke Haan GmbH ist zur Nutzung von technischen und wirtschaftlichen Synergiepotentialen zeitnah auch die bestehende Heizkesselanlage im Hallenbad „Alter Kirchplatz“ durch die Stadtwerke Haan GmbH zu erneuern. Die Erneuerung umfasst die Demontage der alten Anlage sowie die Beschaffung und den Einbau einer neuen Heizkesselanlage.

2. Die durch die Stadt Haan in Anspruch genommene Nutzung der Heizkesselanlage ist bis zur Realisierung der geplanten Eingliederung des Hallenbades in die Stadtwerke Haan GmbH auf der Grundlage eines noch zu erstellenden Vertrages zu vergüten.“

**16./ Haaner Kirmes 2011 - Erlass des Innenministers und Gebührensatzung
Antrag der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Haan vom 04.02.2011
Vorlage: 32-2/007/2011**

Protokoll:

Stv. Pohler lobt die ausführliche und informative Vorlage der Verwaltung, die das Sicherheitskonzept der Stadt für die Kirmes veranschauliche. Er moniert aber, dass der Rat bei der Verlängerung der Jubiläumskirmes um einen Tag nicht beteiligt worden sei und möchte wissen, ob auch alle Umleitungen und Sperrungen für den Verkehr deshalb früher erfolgten.

StORR Rennert führt aus, der Rat sei in solchen Fällen nicht zu beteiligen, da die Kirmes eine festgesetzte Veranstaltung nach der Gewerbeordnung darstelle. Die Umleitungen und Sperrungen würden nicht früher eingerichtet, die Schausteller reisten auch nicht eher an, sondern nähmen kürzere Aufbauzeiten in Kauf, für die sie mehr Personal hierfür vorhielten. Zudem bestand Einigkeit, dass der Haaner Einzelhandel nicht weiter eingeschränkt werden solle. Die 5-tägige Kirmes bleibe aber eine Ausnahme zum Jubiläum, da die Erfahrung zeige, dass die Schausteller keinen höheren Gewinn erzielen könnten, weil jeder Kirmesbesucher ein gewisses Budget für die Kirmes bereit halte, egal wie lange diese dauere.

Stv. Ruppert sieht die Umsetzung des Sicherheitskonzeptes in Haan als traditionell erfolgreich an.

Auch **Stv. Holberg** dankt für die gute Vorlage, die nach den schrecklichen Ereignissen in Duisburg ein gutes Gefühl verbreite. Er fragt, ob der Wochenmarkt Samstagmittag auch weiterhin stattfinde.

StORR Rennert erklärt, der Wochenmarkt werde Samstag wie gewohnt in der Friedrichstraße stattfinden.

Stv. Drennhaus hat aus der Presse erfahren, die Ausschankbetriebe müssten Pfand für ausgegebene Gläser und Flaschen nehmen. Er fragt, ob dies auch für den Kiosk auf der Kaiserstraße gelte. Gleichzeitig gibt er zu bedenken, ob nicht eine glasfreie Kirmes wie in Düsseldorf die sinnvollere Variante sei.

StORR Rennert erwidert, die glasfreie Kirmes sei in ihrer Durchsetzung an relativ hohe juristische Hürden geknüpft. Hinzu komme die aufgrund der vielen Zugänge zur Kirmes schwere Überwachbarkeit. Zwar seien alle Gastronomen entlang des Kirmesgebietes gebeten worden, für Flaschen und Gläser Pfand zu nehmen, eine Durchsetzung bzw. Kontrolle scheitere aber aus praktischen und personellen Gründen.

Auf die Nachfrage des **Stv. Drennhaus**, ob der Unterschied zwischen Kiosk und Ausschankbetrieb gerechtfertigt sei, entgegnet **StORR Rennert**, dies sei deshalb gerechtfertigt, weil es sich bei einem Kiosk um ein stehendes Gewerbe handle.

Stv. Altmann fragt, wann und wo die Jubiläumskirmes eröffnet werde.

Bgm. vom Bovert erklärt, vor der traditionellen Eröffnung mit Fassanstich um 18 Uhr auf dem Neuen Markt am Riesenrad finde um 17 Uhr ein ökumenischer Gottesdienst statt.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

Beschluss:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

**17./ Winterdienst- Einkaufsgemeinschaft für Streusalz
hier: Antrag der CDU- Fraktion vom 02.02.2011
Vorlage: 70/009/2011**

Protokoll:

Stv. Wetterau freut sich über die gute Einsparmöglichkeit.

Stv. Lerch moniert, dass dieses Geschäft der laufenden Verwaltung keines Hinweises aus der Politik hätte bedürfen müssen, darauf hätte sie selbst kommen können.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

„Die Stadt Haan beteiligt sich an der diesjährigen EU-Ausschreibung für den Taustoffbedarf im Winterdienst des Landesbetriebes Straßenbau NRW.“

**18./ Überprüfung der städtischen Versicherungen durch einen freien Versicherungsmakler
- hier: Antrag der UWG-Fraktion vom 21.02.2011**

Protokoll:

Bgm. vom Bovert eröffnet mit der Feststellung, die Verwaltung habe keine Vorlage erstellt, da sie diesem Hinweis der UWG-Fraktion nachzugehen beabsichtige.

Stv. Wasgien bittet die Verwaltung zu prüfen, ob diese Aufgabe tatsächlich von ei-

nem freien Versicherungsmakler oder einem Versicherungsberater kostengünstiger ausgeführt werden könne.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

„Die Verwaltung wird beauftragt mit einem freien Versicherungsmakler Kontakt mit dem Ziel aufzunehmen, alle von der Stadt Haan abgeschlossenen Versicherungen dahingehend zu überprüfen, ob es doppelte Absicherungen von Risiken gibt und ob die Risiken günstiger versichert werden können.“

19./ Sachstandsbericht zum "10-Punkte-Klimaschutzprogramm für Haan" **Vorlage: SKA/018/2011**

Protokoll:

Stv. Lerch freut sich über die Vorlage des Berichtes und merkt zu Punkt 5 an, das Fehlen des RPA-Leiters verursache entgegen einer früheren Einschätzung des Bürgermeisters eben doch Probleme.

Bgm. vom Bovert erwidert, die noch nicht erfolgte Anpassung der Vergabeordnung falle nicht ins Gewicht, da ein akuter Bedarf wegen einer gewährten Fristverlängerung nicht gegeben sei.

Stv. Holberg merkt an, es ärgere ihn, dass der Beiname „Gartenstadt“ nicht mehr gelebt werde. Es müsste eine Satzung o.ä. geben, die einem Häuslebauer vorgebe, einen Grünstreifen als Vorgarten anzulegen.

StOBR Rautenberg macht deutlich, dass der Bebauungsplan als geeignetes Instrument in den Händen der Politik liege.

Stv. Stracke zeigt sich unzufrieden mit der Stellungnahme der Verwaltung zu Punkt 8 b. Es werde nicht deutlich, was die Verwaltung konkret über das Instrument Bauleitplanung unternehme, um den Klimaschutz umzusetzen. In diesem Zusammenhang werde er der Verwaltung eine Stellungnahme des Herrn Porz überlassen und bittet um eine Diskussion im PIUA.

StOBR Rautenberg betont, das gem. BauGB geforderte städtebauliche Erfordernis sei oft schwierig zu begründen.

In Sachen Klimaschutz sieht **Stv. Ruppert** den PIUA wie zuletzt beim Verkauf des Grundstückes an der Blücherstraße bereits auf einem guten Wege.

Stv. Pohler wirft ein, es existiere ein CO²-Klimabilanz-Programm des Landes, an welchem sich die Stadt kostenlos beteiligen könne.

StVR Vogt berichtet über solche Programme, die EU-Förderung versprechen. Die Konkurrenz sei aber groß, weil vor allem solche Städte teilnähmen, die eine lange Erfahrung beim Klimaschutz hätten und personell in diesem Bereich besser aufgestellt seien als Haan. Das beste Klimaschutzkonzept generiere ohne eine Umsetzung keine Fördermittel.

Stv. Drennhaus geht von einer Antragsfrist bis zum 31.3.2011 aus und fragt, ob es Sinn mache, einen solchen Antrag noch zu stellen. Fraglich sei vor allem, welche Personalressource sich in Haan hierum kümmere. Auch möchte er wissen, ob der Verwaltung die Haaner CO²-Bilanz bekannt sei.

StVR Vogt schlägt vor, fachkundige Dritte könnten Haan bei der Beantragung von Fördermitteln unterstützen, gibt aber zu bedenken, dass dies innerhalb einer Woche schwer auf die Beine zu stellen sei. Da auch für das Jahr 2012 Fördermittel dieser Art in Aussicht gestellt worden seien, empfehle er eine fundierte Bewerbung in 2012.

Stv. Stracke widerspricht, auch andere Kommunen hätten nicht mehr Personal als Haan. Der Klimaschutz habe dort nur einen ganz anderen Stellenwert. Die Chance der Agenda 21 habe Haan in den 90er Jahren kläglich vertan. Er empfehle nachdrücklich, Vertreter der Stadt Steinfurt zu diesem Thema für die kommende Sitzung des PIUA einzuladen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

Beschluss:

Der Sachstandsbericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

19. Zielvereinbarung zwischen Rat und Verwaltung zur Wirtschaftsförderung 1./ Vorlage: 23/027/2010/1

Protokoll:

Bgm. vom Bover schlägt eine Vertagung der Beratung in die Sitzung des Rates vor, um die beiden auf dem Tisch liegenden Vorschläge eingehend beraten zu können und einen interfraktionellen Konsens zu finden.

Stv. Drennhaus äußert sein Bedauern darüber, dass die interfraktionelle Zusammenarbeit auf Einladung der SPD-Fraktion in der vergangenen Woche nicht zustande gekommen sei und lobt ausdrücklich das außerdienstliche Engagement des VA Jünemann. Ihm erscheine die Thematik nicht so problematisch, dass keine Lösung ge-

funden werden könne, obschon die SPD-Fraktion den „mittelfristigen Maßnahmenplan“ einer „Zielvereinbarung“ vorziehen würde.

Auch **Stv. Wetterau** zeigt sich zuversichtlich, die Thematik im Rat der kommenden Woche zu einem erfolgreichen Abschluss bringen zu können.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

Beschluss:

„Aufgrund des verschiedentlich noch bestehenden Beratungsbedarfs, ist eine Beschlussfassung erst für die Sitzung des Rates vorgesehen.“

20./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Bgm. vom Bovert verliest die schriftliche Stellungnahme des Betriebshofes zur Anfrage der FDP-Fraktion „Kosten für die Beseitigung von Straßenschäden“ (Anlage 2).

Stv. Lerch zeigt sich skeptisch, die kompletten Haushaltsberatungen im Zuge der nächsten Ratssitzung zu schaffen.

Bgm. vom Bovert sieht als mögliche zusätzliche Termine den 5.4. bzw. den 12.4. Die Sitzung in der kommenden Woche müsse aber in jedem Fall stattfinden, um die Fristen bei Musikschule und Interessensbekundung einzuhalten.

Bgo. Formella betont, bis zur Sitzung in der nächsten Woche könne nur eine punktuelle Stellungnahme der Verwaltung zu den Anträgen von CDU- und FDP-Fraktion erfolgen.

Stv. Stracke würde in einem solchen Fall auch die Zielvereinbarung zur Wirtschaftsförderung vertagen. Er fragt an, wann der Restsplitt auf den Fahrbahnen entfernt werde.

Bgm. vom Bovert erklärt, lt. Betriebshof solle der Winter definitiv vorbei sein, bevor dies geschehen könne. Es sei ein Vorteil, falls der Winter noch einmal zurückkehre, wenn der Restsplitt noch liege. Da die aktuelle Witterung ein Ende des Winters verspreche, sei mit dem Entfernen des Splitts in den nächsten Tagen zu rechnen.

Stv. Ruppert hält eine weitere Verzögerung bis zum 12.4. für nicht wünschenswert und unnötig. Die vorliegenden Anträge seien überschaubar. Ein diszipliniertes Abarbeiten sollte die Haushaltsberatungen in der kommenden Woche abschließen können.

Stv. Wolfsperger zeigt sich erstaunt darüber, dass der JHA wohl der Ansicht sei, in Sachen Spielplatzproblematik am Hasenhaus erst mal nichts machen zu müssen. Da Gruiton der wachsende Stadtteil sei, halte er dies für einen unhaltbaren Zustand. Die Verwaltung sei gehalten, aktiv auf einen Gruitener Träger zuzugehen, um ein entsprechendes Provisorium zu errichten.

Bgo. Formella stellt fest, dass der U3-Ausbau auch für Gruiton gemeinsames Ziel aller Beteiligten sei. Die Verwaltung werde in der ersten Sitzung des JHA nach den Sommerferien über die Gespräche mit den Trägern berichten. Die Verwaltung vernachlässige den Standort Gruiton keineswegs und erinnere an die Erweiterung des Standortes am Heinhauser Weg vor 2 Jahren aus dem Budget des städtebaulichen Vertrages Hasenhaus in Höhe von rd. 60.000 €. Die Finanzierung des Spielplatzausbaus in Gruiton sei durch den JHA mit einem Sperrvermerk versehen worden. Der JHA habe sich vorbehalten, zunächst die Gespräche mit den Trägern abzuwarten. Die Gelder könnten aber auch in Haan eingesetzt werden, eine Entscheidung falle erst im 2. Halbjahr 2011.

21./ Mitteilungen

Protokoll:

Es liegen keine Mitteilungen vor.